

BLICKWINKEL

Politisches Magazin über Aufbruch und Bewahren

Nr. 3 · Winter 2019/20 · AfD-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen



WEISSHEIT

**Unser Wald braucht Hilfe,
die Politik steht in der Pflicht**

ab Seite 12

Ausländerkriminalität?

Fakten benennen – Probleme lösen!

ab Seite 14

**Wichtige Neuerungen zur
Kommunalwahl 2020**

ab Seite 26

EINBLICKE UND AUFTRITTE

„Gäste so begrüßen zu dürfen, ist das Ergebnis von über 6 Jahren harter Arbeit.“ Wer diesen Satz hört, ist wahrscheinlich zu Besuch bei einer Veranstaltung in der Serie „Fraktion vor Ort“, bei der unsere Abgeordneten in den Kreisverbänden referieren und mit den Bürgern sprechen. Sie werden angekündigt von Jörg Feller, der diese Veranstaltungen moderiert und durch den ganzen Abend führt.

Charmant und humorvoll stellt er Fragen, kündigt die Redner an oder verkürzt Wartezeiten mit launigen Anekdoten. Und da fällt ihm auch so einiges ein – als ‚Mann der ersten Stunde‘ hat er schon einiges erlebt in der noch jungen AfD.

Sein Talent als Moderator wurde eher zufällig entdeckt und wird nun auch anderweitig gerne genutzt, zum Beispiel beim Neujahrsempfang der Fraktion. Jörg Feller verbucht diese Einsätze unter der Rubrik Freizeit, denn hauptberuflich stellt er der Fraktion seine Expertise als Diplom-Volkswirt zur Verfügung. Der zweifache Familienvater ist Fachreferent für Wirtschaft und Energie und gehört damit zum Kreis der wissenschaftlichen Mitarbeiter der Fraktion.

Das mit den „6 Jahren harter Arbeit“ ist übrigens keine Floskel. Den Fraktionsmitgliedern und den Parteiangehörigen unter den Zuhörern ist das sehr bewusst und alle anderen Gäste sollten es auch wissen: Der beispiellose Erfolg der noch jungen Partei ist vor allem dem großen Engagement seiner Mitglieder zu verdanken, die trotz des enormen Widerstands, gegen den sie sich nahezu von Beginn an haben stemmen müssen, erfolgreich daran gearbeitet haben, die AfD in alle Landtage, den Bundestag und das Europaparlament zu bringen.

Jörg Feller weiß das, denn er war dabei.

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

hiermit erhalten Sie wieder Informationen über die Arbeit unserer AfD-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Während sich die etablierten Parteien auf die etablierten Medien verlassen können, müssen wir unsere Öffentlichkeitsarbeit vor allem selbst übernehmen. Und wir werden dabei immer erfolgreicher: Ob Facebook, Twitter oder Instagram, unsere Reichweite in den sozialen Medien wächst massiv. Es ist daher auch kein Wunder, dass die alten Parteien nicht nur den ihr gewogenen öffentlich-rechtlichen Rundfunk durch Zwangsgebühren ausbauen oder, wie die SPD, gleich ganze Zeitungen besitzen. Sie wollen auch die bisher freien sozialen Medien so regulieren, dass unser dortiger Erfolg behindert werden soll.

Wir lassen uns aber nicht irre machen. Die Wahrheit findet immer einen Weg, so auch durch unser Magazin „Blickwinkel“. Ich möchte Sie bitten: Helfen Sie uns beim Aufbau einer Gegenöffentlichkeit. Teilen Sie unsere Facebook-Beiträge, versenden Sie sie über WhatsApp und bestellen Sie sich kostenlos weitere Exemplare unseres Magazins. Legen Sie den Blickwinkel beim Arzt und Friseur aus oder werfen Sie ein paar in die Briefkästen ihrer Heimatstadt. Es reicht nicht, sich nur über die Einseitigkeit der alten Medien zu beschweren: Wir alle können etwas tun. Und ich glaube nicht, dass Sie als Einzelner überfordert sind, wenn Sie 10 Exemplare auf die eine oder andere Weise verteilen. Wenn das mit Ihnen 1.000 Leser tun, haben wir schon 10.000 weitere Menschen erreicht.

Als Fraktion stehen wir täglich im Feuer, im Plenum, in den Ausschüssen, in den Kommissionen. Wir werden dabei immer professioneller. So professionell, dass die anderen mittlerweile bei uns abschreiben. Sie können darauf bauen, dass wir klug und konziliant, aber auch robust und durchsetzungsstark unsere und Ihre Positionen vertreten. All das wäre ohne die breite Unterstützung aus der Partei und ihrem Umfeld nicht möglich. Daher will ich an dieser Stelle all jenen danken, die sich in der Familie und der Öffentlichkeit für uns und unsere Sache einsetzen. Nehmen Sie unseren Blickwinkel als Leistungsnachweis und Mosaikstein der Öffentlichkeitsarbeit.



MARKUS WAGNER, MITGLIED DES LANDTAGS,
FRAKTIONS-VORSITZENDER

Der Druck auf uns nimmt zu, auch und vor allem, weil wir immer erfolgreicher werden. Den alten und verbrauchten Parteien bleibt oft nur noch das Mittel der Repression (z. B. durch den instrumentalisierten Verfassungsschutz). Aber so sicher ich mir bin, dass die Altparteien das anwenden werden, so sicher bin ich auch: Wir werden das überstehen und genau deswegen gestärkt daraus hervorgehen. Ein erster Gradmesser werden die kommenden Kommunalwahlen sein. Als Fraktion ziehen wir mittlerweile von Stadt zu Stadt und Kreis zu Kreis, um nicht nur unsere Arbeit im Landtag vorzustellen, sondern vor allem auch, um mit Ihnen ins Gespräch zu kommen und dadurch Informationen und Anregungen mitzunehmen. Sprechen Sie mich gerne an, wenn wir auch in Ihre Heimatstadt kommen sollen. Ich will keine abgehobene Fraktion, die sich in der Blase Landtag verschanzt, sondern ich will Ihre Anliegen mit nach Düsseldorf nehmen und dort parlamentarisch umsetzen. Die letzte Spiegel-Umfrage gibt uns 10 Prozent. Das ist zwar eine Steigerung, aber das reicht mir nicht. Ich will mehr und es geht mehr.

Packen wir gemeinsam an. Wir haben jeden Grund souverän und selbstbewusst nach vorne zu gehen. Und zusammen werden wir das auch schaffen.

Markus Wagner

Unsere Veranstaltungen finden Sie hier:

afd-fraktion.nrw/events, facebook.com/afdfraktionNRW – oder per QR-Code

Wir würden uns freuen, Sie bei uns (wieder) begrüßen zu dürfen.
Lernen Sie uns kennen!



INHALT

Winter 2019/20

Einblicke und Auftritte S. 2

Editorial S. 3

THEMEN

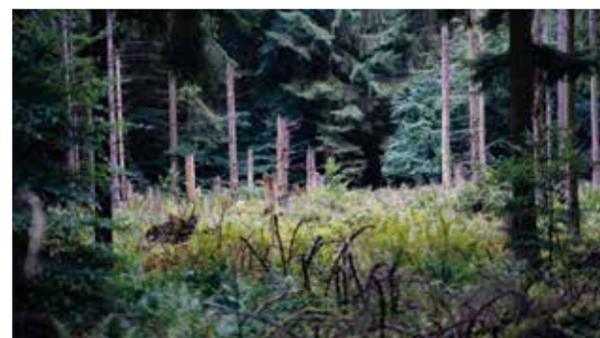
Wohnungsverluste per Verordnung
Beispiele Ferienwohnungen und Brandschutz S. 6

Pflegenotstand und dürftige Politik S. 7

Kein Bergmann fällt ins „Bergfreie“
Nach dem Rauswurf durch die RAG kam der Rauswurf aus dem Landtag S. 8–9

AUFBRUCH Höfesterben
Landwirtschaft in der Krise – die Agrarwende macht alles noch viel schlimmer S. 10–11

Unser Wald braucht Hilfe
und keine hysterischen Debatten – die Politik steht in der Pflicht S. 12–13

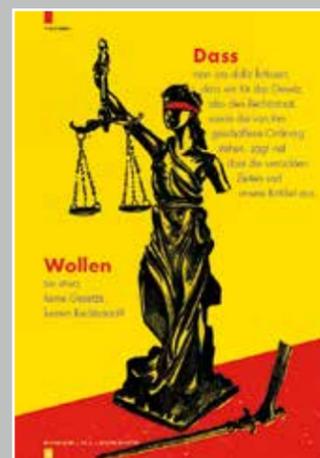


Unser Wald braucht Hilfe

TITELTHEMA

Ausländerkriminalität? S. 14–17

Fakten benennen – Probleme lösen!



Die Zukunft des Flughafens Düsseldorf S. 25

Wichtige Neuerungen zur Kommunalwahl 2020 S. 26–27

Im Westen nichts Neues! Der Haushalt 2020 S. 28

Upskirting als Straftatbestand etablieren S. 30

AUFBRUCH Landesregierung im Dialog mit verfassungsfeindlichen Islam-Verbänden S. 31

WER WIR SIND

Tradition statt Stagnation
Im Gespräch mit Sven Tritschler S. 18–21



SCHÖNE ECKE

BEWAHREN Vom Nationalpark Eifel bis ins mittelalterliche Monschau S. 22–24



Vom Nationalpark Eifel bis ins mittelalterliche Monschau

ZAHLEN UND FAKTEN

Zahlen und Fakten
Marode Brücken/Marode Straßen in NRW S. 29

NATIONALES

AUFBRUCH Freie Persönlichkeitsentwicklung und Selbstbestimmung junger Mädchen sichern
Kopftuchverbot an Schulen umsetzen! S. 32–33



Kopftuchverbot an Schulen endlich umsetzen

KURZ NOTIERT

Kurznotizen
unserer Landtagsabgeordneten S. 34–35

COMIC

Die ruhmlosen Fünf S. 36–37

KOMMENTAR

Kommentar von Thomas Röckemann S. 38

IMPRESSUM

Impressum/Bild- und Grafiknachweise S. 39

WOHNUNGSVERLUSTE PER VERORDNUNG

Beispiele Ferienwohnungen und Brandschutz

Von den etwa 300 Ferien- und Wochenendhausgebieten in NRW haben sich einige zu normalen Wohngebieten entwickelt, in denen die meisten Einwohner seit vielen Jahren dauerhaft wohnen. Dies ist grundsätzlich zwar nicht zulässig, ist aber lange geduldet worden.

Allein im Kreis Kleve sind mindestens drei Wohngebiete betroffen: Eyller See, Oybaum und Wisseler See. Insgesamt könnten 60.000 Eigentümer bzw. Bewohner in NRW betroffen sein. Eine touristische Nutzung findet dort trotz der ursprünglichen Einordnung kaum oder gar nicht mehr statt. Mit einer Änderung der Landesverordnung zum „Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen“ schiebt die Landesregierung nun dem Dauerwohnen dort einen Riegel vor.

Den Einwohnern droht das endgültige Aus, im eigenen oder angemieteten Haus dauerhaft wohnen zu können. Die Gemeinde wird sie auffordern auszuziehen. Lautstark Wohnungsmangel beklagen und mutwillig bestehenden Wohnraum vernichten – so sieht die Politik etablierter Parteien aus. Unsere Fraktion steht an der Seite der Bewohner und hat vor der Abstimmung am 12. Juli 2019 nochmals einen Antrag zur Änderung des Landesentwicklungsprogramms eingebracht. Damit sollte Gemeinden im Einzelfall die baurechtliche Möglichkeit eröffnet werden, aus Wochenend- und Ferienhausgebieten normale Wohngebiete zu machen. Unser Antrag wurde aber von allen anderen niedergestimmt.

Mit dem Inkrafttreten der neuen „Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Landesentwicklungsplan“ am 24. Juli 2019 ist dieser Weg endgültig verbaut. Die zuständigen Behörden werden dem illegalen Wohnen mit Ordnungsmaßnahmen ein Ende bereiten müssen.

Wie kann man noch per Verordnung seine Wohnung verlieren? Durch Mängel beim Brandschutz. Durch einen katastrophalen Hochhausbrand in London war 2017 die Problematik brandgefährdeter Fassadenverkleidungen in den Blickpunkt geraten. Eine Anfrage bei den 40 größten Städten

Deutschlands ergab, dass gerade auch Großstädte wie Köln, Düsseldorf und Essen bisher auf eine systematische Prüfung von Hochhausfassaden verzichtet hatten.

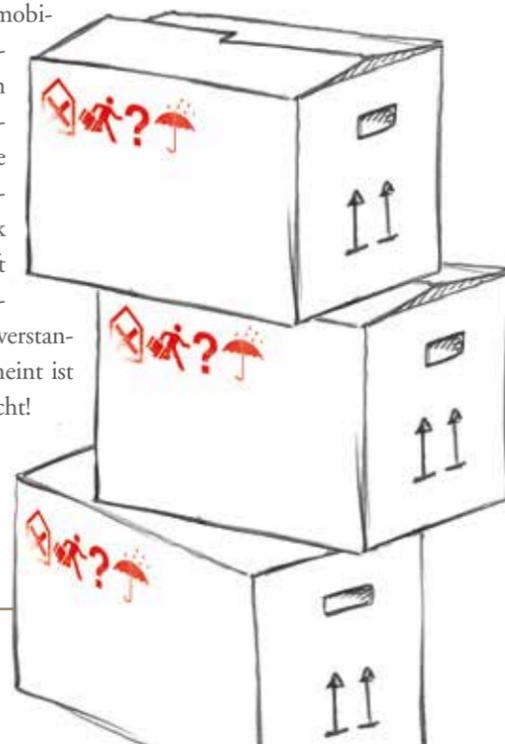
In Dortmund ergab eine außerplanmäßige Brandschau noch andere Probleme, sodass die zuständige Baubehörde 2018 die Schließung des Wohnkomplexes Hannibal II anordnete. 800 Mieter mussten sich von heute auf morgen eine neue Unterkunft suchen.

Weitere Beispiele sind ein Gebäudekomplex in Bochum mit 70 Bewohnern 2018 und die Räumung eines Hochhauses mit 60 Wohnungen in Bergkamen im Mai 2019. Da dem Brandschutz eine überragende Bedeutung im Bauordnungsrecht beigemessen wird, reagieren die Behörden in der Regel unverzüglich mit einer Räumungsanordnung, sobald z. B. bei regulären Brandschauen oder Brandereignissen erhebliche Mängel festgestellt werden.

Die Sicherheit von Menschen steht auch für uns im Mittelpunkt der Politik, aber im Einzelfall sollten auch andere Maßnahmen möglich sein, um eine rasche Beseitigung von Brandschutzmängeln zu erreichen. Dies könnten etwa Maßnahmen wie mobi-

le Brandmeldeanlagen, Brandwachen usw. sein, um massive Eingriffe wie Räumungen zu vermeiden. Die Politik überzieht leider oft zu Lasten des gesunden Menschenverstandes, kurz: Gut gemeint ist oft nicht gut gemacht!

ROGER BECKAMP
MITGLIED DES
LANDTAGS



PFLEGENOTSTAND und dürftige Politik

Die Folgen der demografischen Katastrophe sind in Deutschland allgegenwärtig. Zum einen werden wir erfreulicherweise immer älter, zum anderen ist die Geburtenrate seit Jahrzehnten anhaltend niedrig. Die Pflege alter und kranker Menschen wird durch diese Schieflage zunehmend schwieriger.

Die Pflegebedürftigkeit betrifft vor allem betagte Frauen und Männer. Sind bis 80 lediglich 10 Prozent aller Menschen pflegebedürftig, steigt der Wert ab dann deutlich an. Menschen über 90 Jahren bedürfen regelmäßig pflegerischer Unterstützung.

Obwohl es so viel Pflegebeschäftigte wie noch nie gibt und die stationären und ambulanten Einrichtungen in NRW wachsen, wird mindestens die Hälfte aller Pflegebedürftigen privat gepflegt. Ohne die Leistungen im familiären Umfeld wäre die Situation der Pflege viel verheerender. Alarmierend ist die wissenschaftliche Einschätzung, dass ihr Anteil künftig sinken wird. Die veränderten Lebenssituationen, darunter die Berufstätigkeit von Frauen, wird die Bereitschaft und Möglichkeiten, Angehörige familiär zu versorgen, weiter einschränken.

Laut Fachleuten muss sich die Zahl der Pflegekräfte verdoppeln, um das heutige Niveau zu halten. Dabei soll die Reform der Pflegeberufe helfen, deren Grundstein eine generalistische Ausbildung mit späterer Spezialisierung ist. Das kann ein Schritt in die richtige Richtung sein. Es bleibt aber fraglich, ob die Anzahl der Auszubildenden deshalb ausreichend zunimmt.

Bundesgesundheitsminister Spahn wollte das Problem mit seinem Pflegepersonal-Stärkungsgesetz lösen. Vollmundig verkündete er 12.000 neue Stellen – eine Farce, wenn man

daran denkt, dass schon 2017 über 30.000 Stellen unbesetzt blieben. Laut einer Studie des Deutschen Instituts für angewandte Pflegeforschung gibt ein Großteil der Arbeitgeber an, mittlerweile Personal einzustellen, das sie vor fünf Jahren noch abgelehnt hätten.

Alle sind sich einig: Die Pflegeberufe sollen attraktiver werden – trotzdem wurde die längst überfällige Gehaltsangleichung der Altenpflege versäumt. Während das Gehalt in der Krankenpflege im Durchschnitt 3.239 Euro brutto beträgt, sind es für Altenpfleger lediglich 2.621 Euro. Vor dem Hintergrund der neuen einheitlichen Ausbildung birgt das die Gefahr, dass sich Schüler allein aus finanziellen Gründen gegen die Altenpflege entscheiden.

Für viele Quereinsteiger ist die verkürzte Pflegehelfer-Ausbildung der bevorzugte Einstieg in den Pflegeberuf. Die Alten- und Krankenpflege umfassen ein sehr vielseitiges Aufgabenfeld. Zahlreiche Handgriffe können von den Helfern ausgeführt werden. Eine starre Fachkraftquote erschwert hier den Arbeitgebern die Entlastung des qualifizierten Personals durch fähige Helfer. Der Nutzen einer starren Quote erschließt sich vielen Praktikern und auch dem Berufsverband der privaten Pflegedienstleister (bpa) nicht. Warum die Qualität der Pflege in einem Haus sinken soll, weil eine weitere Helfer-Kraft hinzukommt, ist für sie nicht nachvollziehbar.

Die Politik hat über Jahrzehnte die Konsequenzen der demografischen Entwicklung ausgeblendet. Die Leidtragenden sind heute unsere Alten und Kranken. Sie sind auf menschliche Fürsorge angewiesen. Wer sich in der Pflege engagiert – ob nun professionell oder innerhalb der Familie – verdient unsere ganze Anerkennung!

IRIS DWORECK-DANIELOWSKI
MITGLIED DES LANDTAGS

KEIN BERGMANN fällt ins „BERGFREIE“

Nach dem Rauswurf durch die RAG kam
der Rauswurf aus dem Landtag

IM DÜSSELDORFER LANDTAG IST ES AM ABEND DES 10. JULI WÄHREND DER DEBATTE EINES ANTRAGS DER AfD ZU EINEM LAUTSTARKEN PROTEST VON BERGLEUTEN GEKOMMEN. LANDTAGSPRÄSIDENT KUPER (CDU) UNTERBRACH DIE SITZUNG IM PLENUM. QUELLE: PICTURE ALLIANCE/DPA, FOTOGRAF: VOLKER ZIERHUT

Das Schicksal von rund 200 entlassenen Bergleuten war Thema im Landtag. Ihre Sorgen wurden von der AfD ernst genommen. Die anderen Parteien warfen ihnen dagegen vor, selbst schuld an ihrem Schicksal zu sein.

Ausgangspunkt der Debatte war das Versprechen der Ex-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) und ihres Nachfolgers Laschet (CDU), dass „kein Bergmann ins Bergfreie falle“, also keiner nach Schließung der Zechen arbeitslos werde.

Erst feierten sich die Politiker – kurze Zeit später Kündigungen für die Kumpel

Im Dezember 2018 ließen sich Politiker und Gewerkschaftsbosse dafür feiern, den Strukturwandel zu schaffen, ohne dass Bergmänner ins Bergfreie fielen. Ein halbes Jahr später war das Versprechen der Politiker nichts mehr wert. Rund 200 Mitarbeitern der Zeche Prosper Haniel wurde im Juni durch die Ruhrkohle AG (RAG) mit Wirkung Ende 2019 gekündigt.

Das Ergebnis ist nicht nur der Wegfall des Arbeitsplatzes. Die Bergleute verlieren auch die Möglichkeit einer vorzeitigen Rente. Statt bis 50 heißt es dann bis zu 17 Jahre länger zu arbeiten. Und das in Berufen, die nicht dem gleichen Qualitäts- und Gehaltsniveau entsprechen: Einem Kumpel wurde ein Jobangebot als Pförtner unterbreitet – 40 Prozent Gehaltsverlust!

Die stolzen Bergleute wollten nicht aufgeben und kamen Ende Juni nach Düsseldorf, um für ihre Arbeitsplätze zu kämpfen. Nur die AfD tauchte bei den Kumpeln auf und hörte sich die Probleme an. 200 Schicksale, 200 Familien sind von der Kündigung betroffen. Jeder Vierte hat mehr als 30 Jahre in einer Zeche gearbeitet. Die Kündigung ist deshalb ein harter Schicksalsschlag.

AfD fordert Solidarität und Weiterbeschäftigung

Die AfD richtete umgehend einen Antrag an den Landtag. Wenn Banken in Griechenland gerettet werden können, warum soll das nicht für die Bergleute gehen?

Wir wollten vom Landtag eine Solidaritätsbekundung einholen und von der Landesregierung die Zusage, dass sie sich für die Bergleute im Rahmen einer Mediation mit der

RAG einsetzt. Deren Ziel sollte die Weiterbeschäftigung beim Rückbau der Zechen und den Ewigkeitslasten sein.

Die Rückbauarbeiten gehen noch bis 2027 und länger. Und die Arbeit wird aktuell ja auch erledigt: von Mitarbeitern, die bereits in Rente gehen könnten, und Fremdfirmen, deren Mitarbeiter günstiger sind. Dabei setzte die RAG kurzerhand die eigenen Leute vor die Tür. Und das, obwohl die Ex-Ministerpräsidentin Kraft im RAG-Aufsichtsrat sitzt.

Frustrierend ist für die entlassenen Bergleute, dass sie die Mitarbeiter der Fremdfirmen zum Teil selbst eingearbeitet haben – um kurze Zeit später den Rauswurf zu erhalten.

CDU, FDP, SPD und Grüne zeigen die kalte Schulter

Auch im Landtag wurden die Bergleute rausgeworfen. Einige saßen nämlich mit Familienangehörigen auf der Besuchertribüne, als der AfD-Antrag behandelt wurde. Der Unmut der Familien wurde immer größer: Die Vertreter von CDU, FDP, SPD und Grünen sahen keinerlei Veranlassung, sich mit den Kumpeln solidarisch zu zeigen. Ein FDP-Vertreter verstieg sich sogar zu der Behauptung, dass auf der Tribüne Schauspieler sitzen würden.

Als der Antrag der AfD abgelehnt wurde, quittierten die Bergleute dies mit lauten Buh-Rufen und verließen die Tribüne. Sie klopfen, während sie auf den Aufzug warteten, von außen an die Scheiben der Besuchertribüne. So viel Lebensnähe war CDU, FDP, SPD und Grüne nicht ganz geheuer, weshalb sie die Plenarsitzung unterbrachen und den Bergleuten ein Hausverbot erteilten.

Statt Bürgernähe also der Rauswurf!

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion Markus Wagner und ihr energiepolitischer Sprecher Christian Loose waren zunächst fassungslos über das beschämende Verhalten der anderen Politiker, zeigten sich aber kämpferisch. Wagner machte im Gespräch mit den Bergleuten unmissverständlich klar: „Das wird nicht das letzte Mal gewesen sein, dass Ihr Schicksal Thema im Landtag war! Wir werden kämpfen, kämpfen, kämpfen!“

CHRISTIAN LOOSE
MITGLIED DES LANDTAGS

HÖFESTERBEN

Landwirtschaft in der Krise – die Agrarwende macht alles noch viel schlimmer

Seit Jahrzehnten befindet sich die deutsche Landwirtschaft in einer tiefen Krise. Statt sich mit Lösungen zu beschäftigen, fordern Altpolitiker immer mehr Agrarumweltmaßnahmen und fördern damit das Höfesterben.

In Deutschland schließen jeden Tag neun landwirtschaftliche Betriebe. Das Höfesterben, euphemistisch ‚Agrarwende‘ genannt, setzt sich ungebremst fort. Es trifft v. a. die kleinen und mittleren Familienbetriebe, die am Tierwohl interessiert sind und oft eine lange Familientradition haben.

Das Höfesterben fängt mit der Flächeninanspruchnahme an. In NRW wird derzeit eine Fläche von 48,3 Prozent agrarisch genutzt, die seit Jahren immer weiter abnimmt. Diese Entwicklung wird durch die EU-Agrarpolitik noch weiter verschärft mit so genannten ökologischen Vorrangflächen, die de facto einer schleichenden Enteignung gleichkommen. Landwirte müssen demnach 5 Prozent ihrer Ackerfläche ökologisch bewirtschaften. Dabei verstehen EU-Agrarpolitiker Stilllegung als hochwertige ökologische Maßnahme. Wenn nun eine Agrarfläche über fünf Jahre nicht mehr Bestandteil der Fruchtfolge war, wird sie zum Dauergrünland und es gilt ein Umbruchverbot. Sie geht damit als Ackerfläche endgültig verloren, was für Verpächter besonders ärgerlich ist.

Und hier kommen die grünen Zuchtmeisterinnen als vermeintliche Retter der Landwirte ins Spiel: Sie versprechen höhere Erträge durch die Umstellung auf Energiepflanzen und hohe Pachterlöse für die Versiegelung von landwirtschaftlichen Nutzflächen durch Biogas-, Solar- und Windanlagen. Ein Umweltverbrechen an kostbarem Boden. Diese Subventionspolitik des Nebenverdienstes treibt unwissende Landwirte weiter in die Abhängigkeit der staatlicher Agendapolitik. Wer nicht hoch genug hüpfte, geht eben bei der nächsten Runde leer aus.

Intensivierung der Landwirtschaft ist die Antwort auf die schrumpfenden Agrarflächen. Um ihre Erträge zu halten und die wachsende Weltbevölkerung zu ernähren, sind Landwirte gezwungen intensiver zu bewirtschaften. Sie verwenden Pflanzenschutzmittel, um ihre Ernte vor Schädlingen zu schützen. Sonst würden Missernten, Hungersnöte

und Tierelend zunehmen. Aus ökoideologischen Gründen geraten nun auch noch effektive Pflanzenschutzmittel ins Visier der Verbotspolitik. Dabei wird geflissentlich vergessen, dass auch die Ökolandwirtschaft ohne Pestizide nicht auskommt und regelmäßig Ertragsverluste von mehr als der Hälfte zu verzeichnen hat. Ökolandbau gewährleistet keine stabile und nachhaltige Ernährungssicherheit. Er kann überhaupt nur prosperieren, weil die sichere Grundversorgung durch die übrige Landwirtschaft gewährleistet wird.

An erster Stelle muss die Netto-Selbstversorgung Deutschlands stehen. Lag die Quote vor 30 Jahren noch bei 98 Prozent, so sind es heute unter 85 Prozent. Immer mehr Produkte werden importiert. Kein Problem, wenn wir nicht die ausländischen Produkte durch unsere EU-Mitgliedsbeiträge subventionieren würden: Deutschland ist mit weitem Abstand der größte Geldgeber in der EU. 2017 hat es 10,7 Mrd. Euro mehr gezahlt als erhalten. Die Förderung der Landwirtschaft macht ca. ein Drittel des EU-Etats aus. Deutsche Landwirte profitieren davon am wenigsten.

Mit einer Förderung der Landwirtschaft in Eigenverantwortung der Staaten würde das besser funktionieren. Die Unsicherheiten über die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU lassen potenzielle Hofnachfolger zögern. Auch hier braucht es politische Zusicherungen und Beständigkeit: eine neue Gründeroffensive, um bei der schwierigen Suche nach einem Hofnachfolger zu helfen, eine Befreiung von der Grunderwerbssteuer für Existenzgründer und die Eindämmung von Land-Grabbing.

Das Höfesterben ist entstanden, weil die Altpolitiker lange Zeit weggeschaut haben. Die Agrarkrise kann überwunden werden. Wir müssen wieder die kleinen und mittleren Familienbetriebe in den Mittelpunkt nehmen – wir müssen die Arbeit der Landwirte wieder mehr wertschätzen.

DR. CHRISTIAN BLEX, MITGLIED DES LANDTAGS



LANDWIRTE PROTESTIEREN MIT GRÜNEN KREUZEN

Zahlreiche Landwirte haben als Zeichen des Protests grüne Kreuze am Rande ihrer Felder aufgestellt. Hintergrund ist das beschlossene, jedoch umstrittene Agrarpaket.

QUELLE: DPA, FOTOGRAF: HAUKE-CHRISTIAN DITTRICH

UNSER WALD BRAUCHT HILFE

und keine hysterischen Debatten – die Politik steht in der Pflicht

Die historische Abfolge von Sturm, Dürre und Borkenkäfer hat zu großen Schäden geführt. Ein nachhaltiges Waldbaukonzept ist nötig, um unsere heimischen Wälder zukunftsfest zu machen.

Ein Wald ist sprichwörtlich mehr als die Summe seiner Bäume – Wälder erfüllen eine Vielzahl wichtiger Funktionen. Sie haben als Ökosysteme eine große Bedeutung für den Wasserkreislauf, den Bodenzustand und das Klima.

Aber unsere Wälder haben auch etwas Mystisches. Durch ihre Beständigkeit und Langlebigkeit schaffen sie Identität und ein vertrautes Heimatgefühl. Sie bieten uns Schutz vor der Schnelllebigkeit unseres Alltags. Ein Spaziergang im Wald steigert die Vitalität und senkt nachweislich Angstzustände und Depressionen.

Doch unsere Wälder sind in Gefahr. Schwere Stürme, trockene Sommermonate und ein langer Spätsommer haben in Verbindung mit milden Wintern zu Waldschäden dramatischen Ausmaßes geführt. In dieser Abfolge konnte sich der Borkenkäfer als Baumschädling explosionsartig in den geschwächten Wäldern vermehren. Die Schäden sind überall in NRW mit bloßem Auge zu erkennen. Dabei zeigt der genaue Blick, dass die Fichte am häufigsten betroffen ist.

Die Experten sind sich einig, die größten Kalamitäten stehen uns noch bevor. Im schlimmsten Fall müssen wir mit bis zu 55 Mio. Festmetern Käferholz in NRW rechnen. Zum Vergleich liegt der aktuelle Waldschaden bei 8,93 Mio. Festmetern.

Warum haben wir heute diese großen Probleme in unseren Wäldern insbesondere mit der Fichte? Da hilft ein Blick zurück in die Geschichte.

Die Fichte wird in der jüngeren deutschen Forstwirtschaft gerne als ‚Brotbaum‘ bezeichnet: Sie wächst vergleichsweise schnell und verfügt insgesamt über vorzügliche Holzeigenschaften. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges haben die Siegermächte Reparationen verlangt und sich den Schadensersatz in Geld und Naturalien bezahlen lassen. Holz war zu dieser Zeit ein begehrter Rohstoff. Nach den reparationsbedingten Einschlügen waren sich alle Akteure

einig den Wald schnellstmöglich mit hoher Wirtschaftlichkeit wieder aufzuforsten. Und zwar mit der Fichte, die ursprünglich aus Skandinavien stammt und ein kaltes feuchtes Klima bevorzugt.

Wir geben Antworten auf eine fehlgesteuerte Forst- und Waldpolitik

Die AfD fordert eine nachhaltige Waldpolitik. Hierbei muss der Schwerpunkt auf dem Ausbau eines ausgewogenen Mischwaldes im Staats- und Landesbetrieb liegen. Der Waldumbau braucht Zeit, die man insbesondere den Laubbäumen geben muss. Gleichzeitig gilt es die regionalen Standortfaktoren noch stärker zu berücksichtigen. Dabei dürfen der Bund und die Länder keine festen Vorgaben bei der Wiederaufforstung machen.

Vielmehr bedarf es eines neuen Waldbaukonzeptes, indem die Bundesrepublik und das jeweilige Land als Ideengeber für standortgerechte, klimaresistente und auch ertragsreiche Baumarten fungieren, den Ausbau der Forschung über neue Baumarten vorantreiben und die Entwicklung von Pflanzenschutzmitteln in der Forst- und Holzwirtschaft fördern. All das können die über 152.000 Privatwaldbesitzer in NRW nicht leisten, die zusammen ca. 63 Prozent der hiesigen Waldfläche besitzen, teilweise Parzellen unter 2 Hektar.

Die AfD nimmt den Bund und das Land in die Pflicht, die Direkthilfen für betroffene Waldbauern schnellstmöglich zu entbürokratisieren. Darüber hinaus fordern wir die Landesregierung mit Nachdruck auf, sich auf eine neue Welle von Baumschädlingen im Frühjahr einzustellen. Hierfür ist insbesondere ein verbessertes Borkenkäfer-Monitoring von großer Bedeutung und es sind geeignete Käferfallen in ausreichender Stückzahl vorzubereiten.

Mehr denn je brauchen wir ein beständiges und ideologiefreies Waldbaukonzept, das den Waldzustand ernst nimmt, ohne zu verharmlosen oder zu übertreiben. Eine panikgesteuerte und hysterisch geführte Debatte ohne jegliche Nachhaltigkeit lehnen wir ab.

ANDREAS KEITH, MITGLIED DES LANDTAGS
PARLAMENTARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER



BORKENKÄFERLARVE
UNTER DER RINDE
EINES
ABGESTORBENEN
BAUMES –
NEUREMSCHIED



Dass

man uns dafür kritisiert, dass wir für das Gesetz, also den Rechtsstaat, sowie die von ihm geschaffene Ordnung stehen, sagt viel über die verrückten Zeiten und unsere Kritiker aus.

Wollen

sie etwa keine Gesetze, keinen Rechtsstaat?

AUSLÄNDERKRIMINALITÄT?

Fakten benennen – Probleme lösen!

Haben wir ein Ausländerproblem, wie es Rechtsextremisten in ihrer gewohnt pauschalisierenden Art und Weise gerne behaupten? Nein, natürlich nicht.

Haben wir gar kein Ausländerproblem, wie es die alten Parteien von Grün bis CDU in ihrer gewohnt pauschalisierenden Art und Weise gerne behaupten? Nein, natürlich nicht.

Als AfD-Fraktion stehen wir für sachliche Analysen und Klartext. Daher zunächst mal ein paar Daten aus der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 2018 für Nordrhein-Westfalen:

„Unter den Tatverdächtigen sind die nichtdeutschen, gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil von 12,8 Prozent, überproportional vertreten; 31,8 Prozent aller Tatverdächtigen waren nichtdeutsch.“ (PKS NRW 2018: S. 34).

„Delikte mit einem überdurchschnittlichen Anteil an nichtdeutschen Tatverdächtigen“: Mord und Totschlag 43,3 Prozent, Raubdelikte 39,2 Prozent, Taschendiebstahl 72,4 Prozent (ebd.: S. 38).

Diese wenigen Beispiele zeigen: Die Multikulti-Romantik und Propaganda der alten Parteien stimmen schon statistisch nicht. Denn die Zahlen zeigen deutlich, dass Ausländer im Schnitt krimineller sind als die angestammte Bevölkerung. Es ist aber auch nicht so, wie Neonazis sagen, dass alle Ausländer kriminell seien. Wir haben kein Dänen-, Schweizer- oder Japaner-Problem. Wir können es genauer eingrenzen. Das Problem ist am größten bei männlichen Zuwanderern oder Nachfahren aus muslimisch geprägten Ländern. Wie die etablierte Politik mit diesem Problem umgeht – nämlich gar nicht oder nur in Showeinlagen – zeigt sich exemplarisch am Thema Clan-Kriminalität.

„Der Clan und die Religion bestimmen das Leben, die Familien sind größer als im Herkunftsland Libanon – sieben Kinder im Durchschnitt, fünfzehn keine Seltenheit. Gewalttätige Erziehung. Die Frauen dürfen nicht arbeiten. Das Familienoberhaupt ist Alleinherrscher, doch nicht er ernährt die Großfamilie, sondern das Sozialamt. Das Wertesystem wird von der Scharia diktiert, nicht vom Grundgesetz.“

So beschreibt Reinhard Müller in der FAZ zutreffend einen Ausschnitt der arabisch-türkischen Clans, die sich praktisch in nichts außer den Sozialstaat und die Kriminalitätsstatistik integrieren. Die Probleme sind so groß, dass selbst NRW-Innenminister Herbert Reul sich veranlasst sah, ein Lagebild durch die Polizei erstellen zu lassen – das erste nach 40 Jahren Clan-Kriminalität.

Die heutigen Clans sind in den 80er Jahren als vermeintliche Asylbewerber nach Deutschland gekommen. Damit begann ein Zeitalter des Wegschauens und der politischen Korrektheit als Meinungs- und Realitätsunterdrückerin.

Die Folgen müssen wir heute erleben: die Perpetuierung eines mafiösen Systems, bei dem sich arabische Clans an der Front des Drogenverkaufs mittlerweile hauptsächlich afrikanischer Ethnien bedienen, wobei z. B. die nigerianische Axt-Mafia ihrerseits solche Strukturen aufbaut. Diese hermetisch abgeriegelten Strukturen, deren Eintrittsvoraussetzung die Zugehörigkeit zum Familienclan, mindestens jedoch zur Ethnie darstellt, führen zu weiteren Folgeproblemen.

Hintermänner, Anstifter und die eigentlichen Chefs können immer schwieriger ausfindig bzw. verantwortlich gemacht werden, denn sie werden durch Nicht- oder Falschaussagen, durch Gewalt und Bedrohung geschützt. Außer kurzfristigen Showeinlagen des Innenministers wird weg-

Es

ist nicht rechtspopulistisch,
wenn man seine Grenzen
so sichert
wie seine Haustür.

gesehen. Vor allem auch dort, wo sich die Geschichte der Clans dupliziert: bei den seit 2015 massenhaft durch die alten Parteien unter Führung von Angela Merkel und Armin Laschet ins Land geholten angeblichen Flüchtlingen. Denn schon jetzt ist zu erkennen, dass sich die Gefahr konkretisiert, dass sich die Genese der mangelnden Integration der türkisch-libanesischen Zuwanderer der 80er Jahre heute wiederholt.

Angelehnt an das Lagebild des Ministers: Die damals eingewanderten türkisch-arabischen Clans sehen sich heute einem Verdrängungswettbewerb durch die in den letzten Merkel-Jahren eingeflogenen Syrer und Iraker ausgesetzt.

Das, wovor wir als AfD bereits 2015 warnten, haben wir nun regierungsamtlich bestätigt. Für dieses ‚Rechthaben‘ werden wir damals wie heute beschimpft, stigmatisiert und ausgegrenzt. Es gilt das Motto: Wer die Wahrheit sagt, braucht ein schnelles Pferd.

Davon lassen wir uns als AfD-Fraktion hier im Landtag nicht beeindrucken. Ruhig und sachlich, ohne jede Angst stehen wir für die Durchsetzung des Rechtsstaats und die Wiedergewinnung unserer inneren Sicherheit. Da mögen uns Linke, Medien oder linke Medien gerne als „Law-and-Order-Partei“ bezeichnen. Dass sie dies in beleidigender Absicht tun, ist schon entlarvend genug. Denn was heißt denn „Law and Order“ übersetzt? „Gesetz und Ordnung“. Dass man uns dafür kritisiert, dass wir für das Gesetz, also den Rechtsstaat, sowie die von ihm geschaffene Ordnung stehen, sagt viel über die verrückten Zeiten und unsere Kritiker aus. Wollen sie etwa keine Gesetze, keinen Rechtsstaat?

Für die AfD gehört gerade der freiheitlich-demokratische Rechtsstaat zu den größten Errungenschaften unserer Zivilisation.

Er hat uns von der Willkür befreit und schützt gerade die Schwächeren. Dafür muss er aber auch souverän und ohne Schaum vor dem Mund durchgesetzt werden. Wenn die alleinerziehende Mutter in Bochum nach der Arbeit in die

U-Bahn steigt, hat sie ein Recht, sich sicher zu fühlen, anstatt sich zu sorgen, ob ihr etwas passiert. Wenn wir – auch abends – zu Fuß durch die Innenstadt gehen, dann ist es ein nicht hinzunehmender Freiheitsverlust, dass man sich Gedanken machen muss, ob man nicht lieber die Straßenseite wechselt oder umkehrt, weil da wieder so eine Gruppe – von den alten Parteien und Medien verschämt-verschleiernnd „junge Männer“ genannt – herumlungert und ihre Macht über das neu besetzte Territorium ausdrücken will.

Das ist mittlerweile, dank der Politik von CDU, FDP, Grünen und SPD nicht mehr nur ein Phänomen, das in Großstädten gang und gäbe ist. Es hat auch die kleinen, eigentlich netten Städte unseres Landes erreicht. Wenn ich exemplarisch meine Heimatstadt Bad Oeynhausen nehme, wo man sich mitten in der Innenstadt am Busbahnhof so unwohl fühlt, dass man die Gegend lieber meidet, fallen jedem aus seiner Heimat mittlerweile solche Beispiele ein. Aus Angst davor, als angeblich rassistisch zu gelten, passiert nichts! Das macht es aber nur noch schlimmer. Denn die mangelnde Antwort auf das Gehabe dieser häufig illegalen, oft nur geduldeten ‚Schutzbedürftigen‘ (vor denen wir mittlerweile zu häufig schutzbedürftig sind) führt zu weiteren Straftaten. So auch in meiner Heimatstadt, wo nun sogar mit der Schusswaffe ‚gestritten‘ wird. Um es deutlich zu sagen:

Es ist nicht rechtspopulistisch,
wenn man seine Grenzen
so sichert wie seine Haustür.

Es ist nicht rechtspopulistisch,
wenn man zu jeder Zeit SICHER durch
jede Straße seiner Stadt gehen will.

Und:

Es ist nicht rechtspopulistisch,
wenn man den rauswirft,
der sich nicht benimmt.

MARKUS WAGNER
MITGLIED DES LANDTAGS
FRAKTIONSVORSITZENDER

Tradition statt Stagnation

IM GESPRÄCH MIT SVEN TRITSCHLER

PORTRÄT

Wenn man Sven Tritschlers Büro, in dem er natürlich nicht raucht, betritt, sieht es gleich nach Arbeit aus. In der AfD ist er fleißiges Urgestein. Er ist 2013 in die Partei eingetreten, hat zunächst den Jugendverband Junge Alternative in Nordrhein-Westfalen aufgebaut und später den Bundesverband geführt, bis er altersbedingt ausschied.

Heute widmet er sich voll seinen beiden Mandaten im Landtag und im „Vorhof der Gutmenschenhöhle“, wie er den Rat der Stadt Köln gern liebevoll nennt. „Ich habe Henriette Reker schon gesagt, dass es eine Schande ist, dass sie auf dem Stuhl vom alten Adenauer Platz nehmen darf.“ Auch sonst erlebe man im Kölner Rat wenig Erfreuliches: Die CDU-Fraktion hat etwa mit der Linken einen Antrag eingebracht, Karl Marx im Stadtbild sichtbar werden zu lassen.

„Was Markus Wagner bei den bornierten Altparteien im Landtag so treffend mit ‚heilige Vierfältigkeit‘ beschreibt, wird im Kölner Rat im Exzess gelebt.“

Gearbeitet hat Sven Tritschler, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der AfD im Landtag von NRW, immer, zunächst als Selbstständiger und später als Angestellter einer Werbeagentur. Deren Hauptkunden waren weltweite Technikkonzerne, sodass er im Landtag u. a. für Digitalisierung zuständig ist. Tritschler ist Pragmatiker: Quacksalberei mit Flugtaxi, das ist nicht seine Welt, vielmehr der Breitbandausbau. Die Entwicklung der Digitalisierung verliere sich zu häufig in Scheindiskussionen. NRW solle als Industriestandort erst einmal seine Hausaufgaben machen und in der digitalen Infrastruktur Albanien überholen, be-

vor es nach den Sternen greife. „Das ist langweilige Sachpolitik und löst sich nicht durch flotte Sprüche auf Plakaten.“

Sven Tritschler ist ein Rebell und liebt es sehr, gerade Sozis und Grüne mit der eigenen Borniertheit zu ärgern. Ein Vollblutpolitiker, der oft streitbar, manchmal provokant, aber immer mit dem Herzen dabei ist. Neben Digitalisierung und dem Erhalt von Arbeitsplätzen am Industriestandort NRW gehört zu seinen Herzenthemen der Erhalt der individuellen Freiheiten gegen ökosozialistische Bevormunder. Niedrige Steuern und Abgaben, vor allem für Geringverdiener, sollten aus Sven Tritschlers Sicht selbstverständlich sein: „Arbeit muss sich wieder lohnen.“

Wirklich heilig ist dem gebürtigen Schwarzwälder vor allem der Erhalt bestimmter Traditionen.

Die Junge Alternative NRW, deren Ehrenvorsitzender Sven Tritschler seit Kurzem ist, zitiert dazu den Komponisten Gustav Mahler: „Tradition ist nicht das Bewahren der Asche, sondern die Weitergabe des Feuers.“ So ließe sich auch seine Position gut zusammenfassen. Als Jäger und Karnevalist legt Sven Tritschler viel Wert auf die Weitergabe des Feuers. Jagen, das entspannt ihn. Auf einem Bauernhof im Schwarzwald aufgewachsen, bieten ihm Wald und Natur einen guten Kontrast zum hektischen Parlamentsalltag mit Ausschüssen, Plenardebatten und Fraktionssitzungen.

Sven Tritschler hat Humor und macht dabei auch nicht vor sich selbst Halt, wie man an den Bildern erkennen kann. „So im Jagdzimmer stellen sich wohl viele die AfD vor – dabei passt zu mir als etwas überdrehte Darstellung genauso gut das futuristische Networking.“

WEITER ►



„So im Jagdzimmer stellen sich wohl viele die AfD vor – dabei passt zu mir als etwas überdrehte Darstellung genauso gut das futuristische Networking.“



„Digitalisierung
statt Flugtaxi“

Der stellvertretende Vorsitzende der AfD-Fraktion im Landtag liebt zwar Traditionen, eine traditionelle Familie wird er aber aufgrund seiner Homosexualität nicht gründen.

„Schwul und AfD, geht das?“ Diese Frage werde ihm oft gestellt. Seine Antwort ist eindeutig: „Wieso denn bitte nicht? Ich habe nirgendwo unterschrieben, als Schwuler links sein zu müssen.“

Generell sei er genervt von den Debatten, die Linke anstoßen, in der Annahme für alle Schwulen sprechen zu können. „Nicht meine Lobby“ sagt Tritschler über „Berufsschwule“, wie er die Lobbyisten nennt. „Was bringen Regenbogenfahnen und Lippenbekenntnisse zu Vielfalt, wenn die Regierung Millionen Menschen ins Land holt, von denen viele extrem homophobe Ansichten haben?“ Die Doppelmoral von ungebetenen Interessenvertretern, die ihm erklären wollen, was Homosexuelle bewegt, stört Tritschler: „Was ist es denn, wenn jemand Frau Weidel ‚AfD-Quotenlesbe‘ nennt? Ist das nicht homophob?“ Er will seine Politik von individuellen Fragen wie der Sexualität grundsätzlich trennen. „Sexualität ist doch eine Privatsache des Menschen. Sie gehört nichts ins Strafrecht und auch nicht an Fahnenmasten.“ – das entgegnete er neulich den Grünen im Landtag, als sie Regenbogenbeflaggung an Landesgebäuden in ein Gesetz schreiben wollten.

Für die Zukunft hofft Sven Tritschler, dass sich die AfD auch in NRW mit zweistelligen Werten etablieren kann, als nächstes bei der Kommunalwahl im nächsten Jahr.

„Das wäre ein wichtiges Signal für die ganze Republik. Und Henriette Reker hält dann hoffentlich eine Armlänge Abstand zum Stuhl vom alten Adenauer.“

MAXIMILIAN KNELLER



VOM NATIONALPARK EIFEL BIS INS MITTELALTERLICHE MONSCHAU

Der Nationalpark Eifel liegt im Naturpark Hohes Venn-Eifel und ist mit einer Fläche von 110 km² der erste und bislang einzige in Nordrhein-Westfalen. Der Nationalpark ist ein besonderer Lebensraum für viele Tiere, Pflanzen und Pilze, den artenreiche Wiesen, schroffe Felsen, viele kleine Bäche und große Seen kennzeichnen. Auch die heimischen Rotbuchen-Mischwälder um Rursee und Urftsee bieten einen idealen Lebensraum für die vielschichtige Flora und Fauna. Mittendrin gelegen umfasst der Wilde Kermeter ein barrierefreies Wegenetz und Panoramablicke auf die Seenlandschaft. Verschiedene Wanderrouten führen zur Urftalsperre. Durch Führungen mit einem Nationalpark-Ranger wird das zum kleinen Abenteuer für die ganze Familie. Die Eifel hält noch ein weiteres Highlight bereit.

Denn in der Eifel führt kein Weg an der Stadt Monschau vorbei.

Monschau gehört zur Städteregion Aachen. Die Stadt nahe der belgischen Grenze liegt ebenfalls im Naturpark Hohes Venn-Eifel zwischen den Berghängen der Rureifel und hat 11.726 Einwohner. Die Monschauer Altstadt liegt 517 Meter über dem Meeresspiegel mitten im Rurtal. Sie ist eine Schatztruhe, gefüllt mit märchenhaften Fachwerkhäusern, putzigen Kopfsteinpflasterstraßen und romantischen Gassen, schnuckeligen Lädchen und gemütlichen Cafés. Hier zeigt eine frühneuzeitliche Stadt ihren historischen Charme. Heute kann man viel über die Geschichte der frühen Tuchmacher-Industrie erfahren, wobei die Lebensverhältnisse nicht immer einfach waren.

Es dürfte nur wenigen Besuchern bekannt sein, dass all die historischen Gebäude Monschaus mit der Tuchmacherzeit verknüpft sind. Umso beeindruckender ist der Kontrast zwischen den Prunkvillen der reichen Besitzer und den ärmlichen Behausungen im ehemaligen Weberviertel. Die Stadt war einst ein florierendes Zentrum der Textilindustrie. Daher verwundert es nicht, dass das Wahrzeichen von Monschau das berühmte Rote Haus ist, ein prachtvolles Patrizierhaus der Tuchmacher-Dynastie Scheibler aus dem 18. Jahrhundert. Es war Wohnhaus, Kontor und Produktionsstätte zugleich.

WEITER ►



DIE RÜR FLIESST MITTEN DURCH MONSCHAU



BURG MONSCHAU

Die Burg Monschau wird vielfältig genutzt – heute ist sie unter anderem eine Jugendherberge.

Die mächtige Burg thront mit ihren Türmen wachend über der Stadt. Der Kern der Anlage lässt sich auf das 12. Jahrhundert zurückdatieren. Sie ist heute ein beliebter Veranstaltungsort für Open-Air-Konzerte. 1930 wurden einige Erweiterungsanbauten zugefügt und eine der ersten deutschen Jugendherbergen zog in die Burg ein. Wer nicht den Berg hoch laufen möchte, kommt mit einer ‚Bimmelbahn‘ direkt zum Aussichtspunkt.

Winter-Weihnachtszauber

Zu Weihnachten putzt sich Monschau besonders schön heraus. An fünf Wochenenden (mit Freitag) vor Weihnachten bieten viele Stände Attraktionen und Genuss für Leib und Seele an. Zu den Highlights gehören die festlichen Choräle der Turmbläser auf dem Marktplatz, umgeben von Bratäpfel- und Glühweinduft. Willkommen in der Eifel!

CARMEN MAUS

Die Zukunft des FLUGHAFENS DÜSSELDORF

Fliegen war schon immer ein Menschheitstraum, der in den Fußstapfen von Pionieren wie Leonardo da Vinci, Abbas ibn Firnas, Otto Lilienthal und den Wrights für uns zu einem alltäglichen Luxus ermöglicht wurde.

Der Stellenwert, den der Flughafen Düsseldorf heute für seine Anwohner, Fluggäste, die Stadt Düsseldorf und das Bundesland NRW einnimmt, beruht auf unterschiedlichen Bedürfnissen, die auf dem ersten Blick unvereinbar wirken. Während sich Reisende mehr Flugziele wünschen, sehnen sich die Anwohner nach mehr Nachtruhe. Der Flughafen selbst klagt über die aktuellen gesetzlich geregelten Kapazitätsgrenzen, die der heutigen Nachfrage nicht mehr gerecht werden.

Diesen Flughafen unter Rücksicht auf Umwelt- und Anwohnerschutz zu ertüchtigen, um dringend benötigte Arbeitsplätze zu schaffen – ist dies überhaupt möglich? Wir von der AfD-Landtagsfraktion NRW sagen „Ja“. Wir möchten diese Ziele in Einklang bringen, indem wir dem Flughafen eine Kapazitätserweiterung zu Tageszeiten gewährleisten.

Dem Flughafen wurde 2005 die aktuelle Betriebsgenehmigung unter Einhaltung des Angerlandvergleichs von 1965 erteilt. Sie regelt u. a. die Nutzungen der zwei Bahnen und setzt die Anzahl möglicher planmäßiger Landungen und Starts (Slots) in den einzelnen Betriebsstunden fest.

Viele Zahlen sprechen für den bedeutsamen Wirtschaftsstandort: Mit 21.600 direkten und über 56.000 indirekten Arbeitsplätzen ist der Flughafen einer der größten Arbeitgeber in NRW. In Zeiten einer drohenden Rezession sollten wir unseren Wirtschaftsgaranten nicht weiter hemmen,

sondern entfesseln. Für das Jahr 2030 sind 40 Mio. Fluggäste prognostiziert, also 16 Mio. mehr als 2018. Eine Mio. Fluggäste bedeutet rund 3.000 zusätzliche Arbeitsplätze.

Bereits im ersten Quartal 2019 konnte ein hoher Bedarf nach weiteren Flügen festgestellt werden. Dabei stieg die Anzahl der Fluggäste um 13 Prozent gegenüber dem Vorjahr. In diesem Sommer konnten aufgrund der Betriebsgenehmigung lediglich 82 Prozent der nachgefragten Slots bewilligt werden. Wenn Reisende Streckenverbindungen in Düsseldorf nicht wahrnehmen können, weichen sie zu anderen Flughäfen wie Eindhoven oder Frankfurt aus. Dabei entsteht ein unnötiger ökologischer Fußabdruck, während wir die Wertschöpfung aus der Hand geben. Der Verlagerung von Verkehrsströmen möchten wir entgegenwirken.

Die elementare Forderung der Anwohner besteht in der Sicherstellung ihrer Nachtruhe, die aufgrund von tagsüber verschleppten Flugverspätungen gestört wird. Der 2015 gestellte Antrag auf Erteilung eines Planfeststellungsbeschlusses beinhaltet eine Kapazitätserweiterung, um Flugverspätungen tagsüber aufzufangen. Neben den vom Flughafen bereits zugesagten 20 Mio. Euro fordern wir eine moderate Erhöhung der Lärmzuschläge um weitere 5 Mio. Euro jährlich, sodass die Airlines mehr bezahlen müssen.

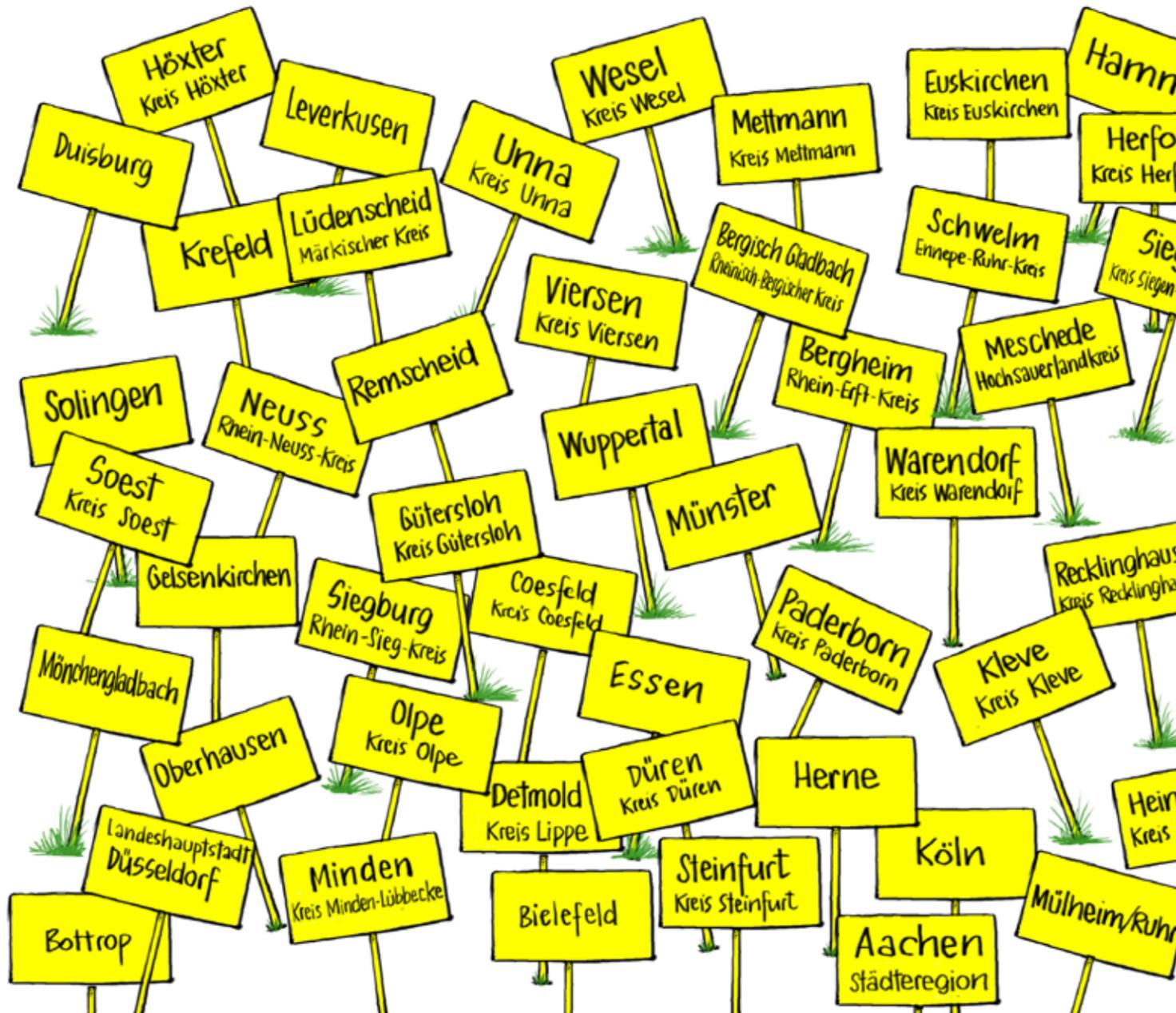
Wir fordern mit unserem Antrag eine schnelle Erteilung des zuvor genannten Beschlusses. Der Flughafen ist unser Tor zur Welt. Wir müssen dafür sorgen, dass dieses Tor auch in Zukunft wettbewerbsfähig ist.

HERBERT STROTEBECK, MITGLIED DES LANDTAGS

NIC VOGEL, MITGLIED DES LANDTAGS

WICHTIGE NEUERUNGEN

zur Kommunalwahl 2020



Nach einer ungewöhnlich langen, über sechsjährigen Amtszeit werden am **13. September 2020 die Kommunalparlamente in NRW** neu gewählt. Die Wahlperiode wurde verlängert, um sie wieder mit den Bürgermeisterwahlen zu synchronisieren, die am gleichen Termin stattfinden. Mit der Wahl ändern sich einige grundlegende Regeln.

KEINE PROZENTHÜRDE

CDU, SPD und Grüne, die derzeit zusammen über 80 Prozent der kommunalen Mandate in NRW stellen, hatten schon in der letzten Legislaturperiode eine 2,5-Prozent-Hürde für die Kommunalwahlen eingeführt. Der Landesverfassungsgerichtshof kippte die Regelung jedoch 2017, bevor sie jemals zur Anwendung kam. Zwei Ausnahmen bleiben: die Versammlung des Regionalverband Ruhr (RVR) und die Bezirksvertretungen kreisfreier Städte.

Unserem Antrag, die Prozenzhürde vollständig abzuschaffen, sind die Altparteien im Landtag nicht gefolgt.

DIREKTWAHL AN DER RUHR

Der Regionalverband Ruhr umfasst 11 kreisfreie Städte und 4 Landkreise. Sein wichtigstes Gremium ist die Versammlungsversammlung, die bisher von den Stadträten und Kreistagen gewählt wurde. Ab 2020 wählen die Bürger das Gremium direkt. Bei den Landschaftsverbänden Rheinland und Westfalen-Lippe bleibt es dagegen bei indirekter Wahl durch die Kommunalparlamente.

KEINE STICHWahl MEHR FÜR BÜRGERMEISTER UND LANDRÄTE

Bisher galt: Erzielte bei einer Bürgermeister- oder Landratswahl keine absolute Mehrheit, wurde eine Stichwahl angesetzt. Die Wahlbeteiligung war häufig nur gering, womit die CDU/FDP-Koalition die Abschaffung begründete. Die Neuregelung kann bei einer Zersplitterung der Stimmen bedeuten, dass die Posten von weniger als einem Drittel gewählt werden. Da die CDU inzwischen landesweit deutlich vor der SPD liegt, hat man sich wohl die Chance ausgerechnet, so neue Rathäuser zu erobern. Der Plan muss aber nicht aufgehen: Die Grünen haben aufgeschlossen und könnten der Union gefährlich werden. Zudem ist eine Klage von SPD und Grünen beim Landesverfassungsgerichtshof anhängig.

Die AfD hatte im Landtag die Zustimmungswahl vorgeschlagen, die auch vom Mehr Demokratie e.V. favorisiert wird. Hierbei würden Wahl und Stichwahl zusammengefasst: Man dürfte alle Kandidaten ankreuzen, die man akzeptabel findet. Der Vorschlag wurde von den Altparteien abgelehnt.

NEUZUSCHNITT DER WAHLKREISE

Stadt- und Gemeinderäte und Kreistage werden gemischt gewählt: Die Bürger haben eine Stimme, mit der sie einen Kandidaten und damit gegebenenfalls auch dessen Partei wählen. Das heißt, eine Partei kann nur dort gewählt werden, wo sie Direktkandidaten aufstellt. In den Großstädten gibt es bis zu 45 Wahlbezirke, in den Landkreisen bis zu 36.

An diesem grundlegenden Verfahren wird nichts geändert. Allerdings werden die Wahlbezirke neu zugeschnitten: Sie sollen etwa gleich groß sein und zugleich die Grenzen von Stadtteilen bzw. Gemeinden möglichst berücksichtigen. Die Größe eines Wahlbezirks wurde bisher nach der Gesamtbevölkerungszahl bestimmt, es wurden also auch Ausländer berücksichtigt, die nicht aus der EU stammen und daher auch nicht an der Kommunalwahl teilnehmen dürfen. Für die Kommunalwahl 2020 werden beim Zuschnitt der Wahlbezirke dagegen nur noch Deutsche und EU-Ausländer berücksichtigt. Der Neuzuschnitt muss bei Gemeinden bis Ende Februar und bei Kreisen bis Ende März 2020 erfolgen. Davor können auch keine Direktkandidaten gewählt werden.

VERÖFFENTLICHUNG VON WAHLVORSCHLÄGEN

Bisher wurde von allen Wahlbezirks- und Listenkandidaten bei Kommunalwahlen die volle Wohnanschrift veröffentlicht. Nun reicht auch eine E-Mailadresse oder ein Postfach.

Insgesamt werden in NRW über 20.000 Kommunalmandate neu besetzt – eine Herausforderung für alle Beteiligten, deren Bedeutung nicht zu unterschätzen ist. Schließlich werden in den Räten und Kreistagen die Entscheidungen getroffen, die für die Bürger besonders spürbar sind.

Wenn Sie Fragen zur Kommunalwahl haben, Rat oder Hilfe brauchen oder sich einbringen möchten, steht Ihnen auch unsere Fraktion gern zur Verfügung. Sprechen Sie uns an!

SVEN W. TRITSCHLER
MITGLIED DES LANDTAGS
STELLV. FRAKTIONSVORSITZENDER

Im Westen nichts Neues! DER HAUSHALT 2020

Der Haushaltsentwurf der CDU-FDP-Landesregierung liegt seit September vor. Die Regierung bleibt weit hinter den selbstgesteckten Zielen für die Konsolidierung zurück.

Im letzten Jahr plante sie für 2020 noch einen Überschuss von über 1 Milliarde Euro. Jetzt ist davon nichts mehr zu hören! Das Haushaltsvolumen 2020 liegt mit 79,9 Mrd. Euro fast zwei 2 Milliarden über dem geplanten Volumen von 2019.

Niedrigzinsen, höchste Grunderwerbsteuer in Deutschland und Rekordsteuereinnahmen trotz eintrübender Konjunktur, und trotzdem gelingt der Landesregierung nur eine schwarze Null für 2020.

Die Zinsen sind sehr niedrig – eine einmalige Möglichkeit, die Verschuldung zu senken. Das zeigt auch der aktuelle Haushalt 2019, wobei davon auszugehen ist, dass noch weitere Minderausgaben folgen. Die Landesregierung hat mitgeteilt, dass die durchschnittliche Verzinsung der bisher 2019 neuen festverzinslichen Haushaltskredite 1,12 Prozent beträgt. Ursprünglich waren 1,5 Prozent geplant. Auch 2020 ist daher mit niedrigeren Ausgaben für Zinsen zu rechnen, wobei das Land aktuell mit 2,25 Prozent rechnet.

NRW hat den höchsten Grunderwerbsteuersatz mit 6,5 Prozent. Warum die Menschen hier für Wohneigentum mehr bezahlen sollen als woanders, lässt sich nicht erklären. Die AfD-Fraktion hat daher in einem Gesetzentwurf eine Absenkung auf 3,5 Prozent gefordert.

Die Koalitionsfraktionen fabulieren groß von Freibeträgen und Bundesratsinitiativen. Es gibt aber keine Ergebnisse und auf Landesebene kann man nur die Steuersätze justieren. Die schwarz-gelbe Regierung scheint die finanziellen Spielräume der rot-grünen Vorgängerregierung gerne mitzunehmen, auch wenn man sie in der Vergangenheit kritisiert hat.

Der dringend benötigte Wohnraum in NRW wird so verteuert. Sieht man keine Notwendigkeit für einen starken privaten Wohnungsmarkt mit einem ausreichenden Ange-



bot an Wohnfläche? Will man junge Familien daran hindern Eigentum zu erwerben und Vermögen aufzubauen?

Die Steuereinnahmen werden 2020 mit 65,2 Milliarden so hoch sein wie nie zuvor. Ein Beispiel für die gestiegenen Einnahmen ist die Grunderwerbsteuer mit einer Zunahme von allein 406 Mio. Euro auf 3,8 Mrd. Euro. Die Kosten für unbegleitete minderjährige ‚Flüchtlinge‘ werden übrigens mit 435 Mio. Euro für 2020 eingeplant.

Der Landesrechnungshof hat völlig zurecht die schwachen Konsolidierungsbemühungen bei einem Schuldenberg von 144 Mrd. Euro kritisiert.

Wenn nicht jetzt konsolidiert wird, wann dann? Die desaströse Lage und Investitionsdefizite der Kommunen seien hier nur am Rande erwähnt. NRW ist finanziell auf Kante genäht. Dafür tragen die Altparteien und gerade die SPD aufgrund ihrer jahrzehntelangen Regierung die Gesamtverantwortung.

Alles in allem bleibt dieser Haushalt ein finanzpolitischer Offenbarungseid. Die AfD-Fraktion wird konstruktive Vorschläge für Gestaltungen und Einsparungen machen. Eine schwarze Null ist definitiv zu wenig!

HERBERT STROTEBECK, MITGLIED DES LANDTAGS

ZAHLEN UND FAKTEN



MARODE BRÜCKEN IN NRW

- Mehr als 6.000 Brücken in NRW wurden vor 1985 erbaut
- Bislang wurden nur 920 Brücken geprüft/inspiziert
- In 637 Fällen entsprechen die Bauwerke nicht mehr den heutigen Anforderungen für Belastbarkeit und Tragfähigkeit
- In 573 Fällen hilft auch keine Sanierung mehr, sondern nur Abriss und Neubau
- Kosten und Zeitumfang der Sanierungs- bzw. Abriss- und Neubaurbeiten sind nicht bezifferbar

Die Landesregierung hat keine Konzepte, man setzt alles auf das Thema ‚Verkehrswende‘ der Grünen und versucht, den Verkehr so teuer und unattraktiv wie möglich zu machen, trifft damit speziell im Güterverkehr aber auch die Wirtschaft.



MARODE STRASSEN IN NRW

- Über 50 % der Landstraßen sind laut aktuellem Landstraßenzustandsbericht in der schlechtesten Kategorie eingestuft
- Der Verfall der Landstraßen geht schneller voran, als die Sanierungen, sodass ein immer größerer Sanierungsstau entsteht
- Auf den Autobahnen sind die meisten Brücken abrisssreif, die Landstraßen als Umgehungsstrecken sind auch kaputt
- Bauprojekte werden immer teurer, die Kostensteigerungen liegen zwischen 30 und 200 %, je nach Projekt und Planungsstand

Klaus Esser

UPSKIRTING ALS STRAFTATBESTAND ETABLIEREN

Als ‚Upskirting‘ wird eine meist voyeuristische Praktik bezeichnet, bei der in der Regel männliche Täter einer Frau mit einer Kamera unter den Rock oder ähnliches filmen. Häufig werden solche Fotos ohne das Wissen und Einverständnis der betroffenen Frau gemacht.

Wenn jemand heimlich Fotos vom Intimbereich einer anderen Person macht, klingt das erstmal so, als sei es strafbar. Doch das ist leider häufig nicht der Fall, denn ‚Upskirting‘ wird vom deutschen Strafrecht nicht erfasst. Solche Fälle häufen sich insbesondere aufgrund des technischen Fortschritts immer mehr, schließlich kann man mittlerweile mit jedem Smartphone schnell und unbemerkt Bilder aufnehmen. Deswegen muss sich auch hier das Strafrecht an neue Technologien anpassen, denn der Staat muss seinen Schutzpflichten nachkommen. Das Recht darf sich in diesem Punkt der technischen Entwicklung nicht beugen.

Die Landesregierung NRW hat im Mai 2019 einen Bericht veröffentlicht, nach denen 1620 Fälle im Jahr 2017 und 2018 bereits 2023 Fälle nach § 201 a StGB erfasst wurden. Dieser Paragraph des Strafgesetzbuchs zur

„Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs durch Bildaufnahmen“ existiert seit 2014 und scheint schon heute überholt: Der vergleichsweise neue Straftatbestand erfasst ausschließlich Bildaufnahmen, die im persönlichen Rückzugsbereich der oder des Betroffenen, also insbesondere in der eigenen Wohnung oder einem sonst besonders geschützten Raum hergestellt werden.

Wenn jemand dagegen auf der Straße oder auf einem Konzert unter einen Rock fotografiert und das Bild für sich behält, ist dies vom Strafrecht nicht abgedeckt. Das verstößt zwar immer noch gegen das allgemeine Persönlichkeitsrecht, kann aber eben strafrechtlich nicht ohne Weiteres geahndet werden. Für die Weitergabe des Fotos an Dritte könnte man möglicherweise belangt werden – für die Speicherung auf dem eigenen Smartphone aber bislang nicht.



UPSKIRTING – FOTO MIT MODELS GESTELLT
QUELLE: PICTURE ALLIANCE/CAPITAL PICTURES, FOTOGRAF: RICK GOLD

gleich so? Aber letztlich ist es wichtig, dass sich etwas ändert in diesem Land – und wenn es einen abgelehnten Antrag der AfD braucht, um die Landesregierung auf die tatsächlichen Probleme aufmerksam zu machen, dann nehmen wir das so hin. Vorerst.

DR. MARTIN VINCENTZ, MITGLIED DES LANDTAGS

Es ist Aufgabe des Gesetzgebers, diese Lücke zu schließen und ein Gesetz zu schaffen, das auch ‚Upskirting‘ und andere Formen des ‚Spannens‘ als sexuelle Ausbeutung und Belästigung von Frauen unter Strafe stellt. Und genau diese Forderung haben wir im Landtag von Nordrhein-Westfalen erhoben und eine Bundesratsinitiative zur Erweiterung des Straftatbestandes gefordert. Es wurde aber gar nicht in der Sache diskutiert, der Antrag wurde nämlich abgelehnt, weil man „der Alternative für Deutschland ihren Einsatz für das Frauenrecht sowieso nicht abnehmen würde“.

Nun wird das Thema auf Bundesebene diskutiert und die Länder NRW und Bayern arbeiten gemeinsam an einer Bundesratsinitiative. Natürlich kann man sich da die Frage stellen: Warum nicht



SYMBOLFOTO - DIE HÄNDE ZEIGEN DEN WOLFSGRUSS DER GRAUEN WÖLFE. BEIM WOLFSGRUSS WERDEN ZWEI FINGER EINER HAND ALS OHREN ABGESPREIZT UND DIE ANDEREN DREI ZUR SCHNAUZE GEFORMT. KUNDGEBUNG HAMBURG 2016, QUELLE: IMAGO IMAGES, FOTOGRAF: LARS BERG

Landesregierung im Dialog mit VERFASSUNGSFEINDLICHEN ISLAM-VERBÄNDEN

Am 01. Juli stellte die Landesregierung die neue „Koordinierungsstelle Muslimisches Engagement in NRW“ vor. Es geht darum alle religiösen Gruppen in einen Dialog einzubinden. Miteinander zu reden, ist grundsätzlich positiv, das unterstützen wir ausdrücklich. Unter den Teilnehmern fallen aber mindestens drei Gruppen negativ auf: der „Zentralrat der Muslime“, die „Deutsche Muslimische Gemeinschaft“ und die „Ahmadiyya Muslim Jamaat“

Der Zentralrat der Muslime (ZMD) vertritt in 35 Mitgliedsverbänden ca. 20.000 Menschen – weniger als 1 Prozent aller Muslime. Genaue und transparente Angaben gibt es nicht, was gute Gründe hat: Zum Zentralrat gehören zahlreiche vom Verfassungsschutz beobachtete Verbände – darunter die erwähnte Deutsche Muslimische Gemeinschaft, die als wichtigste Muslimbrüder-nahe Organisation in NRW gilt. Der Landesverfassungsschutz bezeichnet sie als eindeutig verfassungsfeindlich und beobachtet aktuell 11 ihrer Moscheen.

Zum Zentralrat gehört auch der „Türkisch-Islamische Kulturverein“. Dahinter verbergen sich die Grauen Wölfe – ebenfalls unter Beobachtung des Verfassungsschutzes. Außerhalb von NRW ist das „Islamische Kulturzentrum in Hamburg“ besonders kritisch zu betrachten, das dem iranischen Mullah-Regime nahe steht. Funktionäre und Besucher beteiligen sich Medienberichten folgend regelmäßig am „Al-Quds-Tag“ in Berlin.

In der Vergangenheit wurden dort u. a. Parolen wie „Juden ins Gas“ gerufen. Es ist unerträglich, dass heute in Deutschland die sichere Existenz Israels als Teil der deutschen Staatsraison in Frage gestellt wird. Der Antrag der AfD-Fraktion, die Zusammenarbeit der Landesregierung mit dem ZMD temporär einzustellen – bis zum Ausschluss aller verfassungsfeindlichen Organisationen – wurde von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

Ebenfalls am Dialog mit der Landesregierung beteiligt ist die Ahmadiyya Muslim Jamaat (AMJ), die in NRW den Status als Körperschaft des öffentlichen Rechts beantragt hat. Unser Antrag, eine Ablehnung zu empfehlen, wurde wiederum von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Wie ein Imam und islamischer Theologe der AMJ bei der Jahreshauptversammlung 2019 betonte, betrachtet man sich nicht als liberale oder reformistische Strömung und betont, dass westlich-säkulare Positionen der eigenen Islam-Auslegung diametral entgegenstehen.

Die Landesregierung sollte sich bei Dialog und Zusammenarbeit mit Muslimen auf gemäßigte Verbände konzentrieren. Ein positives Beispiel ist die Alevitische Gemeinde. Sie tritt modern und aufgeklärt auf und bejaht unsere Lebensweise. Man engagiert sich gesellschaftlich, ohne das auf bestimmte Gruppen oder gar die eigenen Gemeinden zu reduzieren.

GABRIELE WALGER-DEMOLSKY, MITGLIED DES LANDTAGS
STELLV. FRAKTIONSVORSITZENDE

Freie Persönlichkeitsentwicklung und Selbstbestimmung junger Mädchen sichern

Kopftuchverbot an Schulen endlich umsetzen!

Schon seit Jahrzehnten wird die Politik vor die besondere Herausforderung gestellt, auf den Konflikt zwischen den Glaubenspraktiken von zugewanderten Menschen aus anderen Kulturkreisen und den Vorgaben der freiheitlichen Verfassungs- und Gesellschaftsordnung in Deutschland zu reagieren. Ein besonders umstrittener und gerade in letzter Zeit intensiv diskutierter Aspekt ist dabei die Verhüllung des Kopfes von jungen Mädchen aus muslimischen Elternhäusern bereits in einem Alter, das weit unterhalb der gesetzlichen Altersgrenze der uneingeschränkten Religionsmündigkeit von 14 Jahren liegt. Während vor gut zwanzig Jahren keines der jungen Mädchen ein Kopftuch getragen hat, zeigt sich mittlerweile die starke Veränderung unserer Gesellschaft zur Islamisierung hin. Man sieht in Schulen zahlreiche Mädchen mit einem Kopftuch, wodurch sie ihre Sittsamkeit gegenüber der Öffentlichkeit zum Ausdruck bringen wollen.

Der ehemalige französische Präsident Jacques Chirac kündigte bereits 2003 das gesetzliche Verbot von ostentativen religiösen Symbolen an. Das „Verbot deutlich sichtbarer religiöser Zeichen in den Schulen“ wurde 2004 mit einer überwältigenden Mehrheit verabschiedet. Das österreichische Parlament hat im Mai 2019 ein Verbot von Kopftüchern an Grundschulen beschlossen. Es betrifft junge Schülerinnen und gilt bis zum Ende des Schuljahres, in dem die Mädchen zehn werden. Auch in Ländern wie der Türkei wird das Thema Kopftuchverbot nicht so stiefmütterlich behandelt wie in Deutschland. Im Gegenteil: Säkulare Parteien wie die CHP hatten sich vor der Erdoğan-Ära stets auf den Republikgründer Kemal Atatürk berufen, und so wachte die säkulare Elite streng darüber, ihr laizistisches Staatsmodell gewahrt zu wissen. Der Laizismus ist in der türkischen Verfassung als eines der wichtigsten Staatsprinzipien niedergeschrieben. Erst die islamisch-konservative AKP schaffte die Verbote der Kopfbedeckung nach und nach ab – so hatte es Präsident Erdoğan seinen konservativen Wählern versprochen. Damit erzeugte er allerdings einen tiefen ideologischen Graben am Bosphorus. Das tür-

kische Verfassungsgericht stellte in richtungsweisenden Urteilen fest: Das Kopftuch sei „weniger eine Bekleidung besonderer Art als ein Abgrenzungsmerkmal“ und es sei „unumgänglich“, dass es zur „Demonstration einer Unterstellung“ werde (Urteil vom 7. Mai 1989). „Somit kann festgehalten werden, dass eine türkische Herkunftskultur, auf die sich die türkischstämmigen Kopftuchträgerinnen in Deutschland beziehen könnten, nicht existiert.“ (Göztepe, Die Kopftuchdebatte in der Türkei, 2004, Bundeszentrale für politische Bildung)

Das Kopftuch sexualisiert Mädchen bereits vor der Pubertät und nimmt ihnen so das Recht auf eine unbeschwertere Kindheit und die Selbstbestimmung über ihren Körper. Sie werden dadurch in ihrer Entwicklung zurückgehalten und im Ausleben altersgerechter Verhaltensweisen behindert. Daher setzen sich auch renommierte Frauenrechtlerinnen vehement für ein Verbot dieser Praxis zumindest im schulischen Bereich ein.

Ein Kopftuchverbot dient dem Schutz des Kindeswohls und erleichtert die Integration des Kindes in die deutsche Gesellschaft. Es setzt damit den staatlichen Bildungsauftrag um. Dem Kindeswohl wie auch den Bildungsidealen entspricht es, die selbstbestimmte Persönlichkeitsentwicklung von Mädchen aus muslimischen Elternhäusern zu garantieren und sie davor zu bewahren, sich innerhalb der Klassengemeinschaft auszugrenzen. Ein Kopftuchverbot schützt die Mädchen davor, im Sinne einer fundamentalistisch-archaischen Glaubenspraxis, die die Gleichberechtigung der Geschlechter negiert, instrumentalisiert und konditioniert zu werden.

HELMUT SEIFEN, MITGLIED DES LANDTAGS
STELLV. FRAKTIONSVORSITZENDER

GABRIELE WALGER-DEMOLSKY, MITGLIED DES LANDTAGS
STELLV. FRAKTIONSVORSITZENDE

KURZ NOTIERT

Falsche Analogie

Wer in den letzten Jahren die veröffentlichte Meinung in TV, Rundfunk und Presse verfolgt hat, dürfte sich mit einem Schlag in die dreißiger Jahre zurückversetzt gefühlt haben, so beständig werden wir auf die historische Analogie zu dieser Epoche aufmerksam gemacht. Die mantrahafte Warnung vor einem Wiederaufkommen der Geschehnisse zwischen 1933 und 1945 reicht allerdings entschieden zu kurz. Viel sinnvoller sind heutzutage die Parallelen zur Völkerwanderungszeit und dem Untergang des römischen Reiches. Darauf weist der renommierte Althistoriker Prof. Alexander Demandt hin, der im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung ein Gutachten verfasste. Das Ergebnis war der CDU-nahen Stiftung jedoch nicht genehm, weshalb sie eine Veröffentlichung verhinderte. Mittlerweile ist der Text im Internet zugänglich. Es lohnt ihn zu lesen.

HELMUT SEIFEN, MdL

Schuldenbremse nicht in die Verfassung - rot-grüne Unverantwortlichkeit

Im Zuge der Haushaltsberatungen soll auch die Landeshaushaltsordnung verändert werden. Die Landesregierung möchte dort weitere Teile der Schuldenbremse verankern, die gemäß Grundgesetz ab 2020 für Bund und Länder gilt. Im Laufe der Haushaltsklausur haben wir unsere Unterstützung für die Verankerung in der Landesverfassung angeboten. Die Koalition aus CDU und FDP hat eine Stimme Mehrheit, mit der AfD wären es schon 113 der nötigen 133 Stimmen. Rot-Grün ist wohl nicht an einer Änderung der Landesverfassung gelegen. Was dazu künftige Generationen sagen werden?

HERBERT STROTEBECK, MdL

S Stamps Reform bleibt ein Reförmchen

Noch in diesem Jahr soll der Landtag die Reform des Kinderbildungsgesetzes „zur qualitativen Weiterentwicklung der frühen Bildung“ beschließen. Der Entwurf ist enttäuschend. Das ‚Mehr‘ erschöpft sich in mehr Geld: Es bleibt ein reines Kita-Finanzierungs-Gesetz. Die Regierung liefert keine neuen Ideen zu mehr Qualität. Eltern, die ihre Kleinkinder zu Hause betreuen, gehen weiter leer aus.

Ohne uns, Herr Stamp!

IRIS DWORECK-DANIELOWSKI, MdL

C CDU durch den Wind

Die CDU NRW hält an Windindustrieanlagen fest, während die CDU Thüringen plakatiert: „Windrad-Wahnsinn. Schluss damit!“

CHRISTIAN LOOSE, MdL

I Integrationskurse für Flüchtlinge

Seit Dezember 2018 berät der Landtag darüber, sich auf Bundesebene für einen Ausbau der Kurse zur Sprach- und Wertevermittlung um 50 % einzusetzen, von insgesamt 700 auf 1050 Stunden – ohne vorherige Qualitätssicherung. Wichtiger wären aus meiner Sicht eine Differenzierung nach Lerntempo, mehr Verbindlichkeit bei der Teilnahmepflicht und eine verstärkte Vermittlung unserer Leitkultur und Rechtsordnung.

GABRIELE WALGER-DEMOLSKY, MdL

D Das Geschäft mit der jungen Liebe

Mit der ‚Loverboy-Methode‘ verführen Männer junge Frauen und gaukeln eine Beziehung vor, um sie später auszubeuten und in die Prostitution zu zwingen. Auch die Anhörung dazu hat gezeigt, dass der Staat kaum noch repressiv gegen Täter und Hintermänner vorgehen kann. Stattdessen sollen Aufklärer und Berater eingesetzt werden, um potentielle Opfer zu schützen.

Opfer schützen – Täter hinter Gitter, das muss die Devise sein.

THOMAS RÖCKEMANN, MdL

F Flüchtlinge in Museen

Mehrere Museen in NRW bieten Flüchtlingen kostenfreien Eintritt an. Wird das Angebot angenommen, gibt es großes Interesse an unserer Kultur? Die Antwort auf meine kleine Anfrage ist ernüchternd: In die Kunstsammlung NRW, die Bundeskunsthalle Bonn und das Ruhrmuseum ‚verirrte‘ sich seit 2016 im Schnitt nur jeweils ein Flüchtling am Tag. Zusätzlich besuchten 264 Gruppen die 3 Museen. Kein gutes Zeichen für den Integrationswillen.

GABRIELE WALGER-DEMOLSKY, MdL

G Granulatverbot bald auf nordrhein-westfälischen Kunstrasenplätzen?

Wenn der Ball rollt, dann konzentrieren sich alle auf das Spiel. Das ist auch gut so. Keiner sollte sich Gedanken machen müssen, wie viel Mikroplastik dabei vom Spielfeld gelangt. Statt einem kategorischen Verbot von Kunststoff-Granulat bekennen wir uns zu unseren Sportplätzen. Ein deutsches Unternehmen konnte zeigen, dass ein Rinnenfiltersystem hocheffizient Plastik zurückhalten kann. Innovation ist der Weg, den wir fördern und gehen müssen – nicht die Verbote, die schon bald von der Landesregierung umgesetzt werden sollen.

ANDREAS KEITH, MdL

A Angst, Schrecken und Fantasie im Landtag

Bei der Diskussion um die alleingelassenen Bergleute wurde es laut im Landtag (s. S. 8). Einige Abgeordnete von der FDP echauffierten sich, man fühle sich bedroht. Ich habe daraufhin Stephan Haupt vor Zeugen angeboten, mich zwecks Abhärtung zu einer AfD-Veranstaltung in Köln zu begleiten. Überrascht las ich danach im Kölner Stadt-Anzeiger, ich habe den FDP-Kollegen bedroht und ihm angeboten „vor die Tür zu gehen“. Diese Behauptung ist natürlich falsch und wurde der Zeitung inzwischen gerichtlich untersagt.

SVEN W. TRITSCHLER, MdL

A Aus Lüge lernen

Nachdem die Gräueltaten von Lüge publik wurden, gab es reges Interesse an den Ermittlungen. Die Anhörung zur Prävention von sexueller Gewalt gegen Kinder hat viele Erkenntnisse geliefert. Das Ministerium für Kinder, Familie und Jugend hat ein umfassendes Impulspapier zu Veränderungen zum Schutz unserer Kinder erstellt. Es bleibt unsere Aufgabe als Opposition, genau hinzusehen, was der Minister konkret ins Rollen bringt.

IRIS DWORECK-DANIELOWSKI, MdL

W Windräder auch tödlich für Insekten

Die Umweltgefahren durch Windenergieanlagen drängen immer mehr ins öffentliche Bewusstsein. Sie sind nicht nur verantwortlich für den Rückgang vieler Vogel- und Fledermausarten. Jedes Jahr sterben zudem hochgerechnet 1,2 Billionen(!) Insekten durch Schlag und Barotrauma. Die AfD-Fraktion macht keine Abstriche beim gesetzlichen Naturschutz für eine Ökolobby und fordert eine Nachfolgestudie über die Auswirkungen auf die Fluginsekten.

DR. CHRISTIAN BLEX, MdL

DIE RUHMLOSEN FÜNF – FOLGE 2 DIE ANTRAGSBEHANDLUNGSMASCHINE

Bei den hier dargestellten Dialogen und Sachverhalten handelt es sich um fiktive, satirische Darstellungen und nicht um tatsächliche Vorgänge bzw. echte Zitate der dargestellten Personen.

Idee: Sven W. Tritschler
Zeichnungen: Paul Janson

Thomas Kutschatj: War früher mal Justizminister, heute ist er die Reste der SPD-Fraktion. Von seinen Plänen, SPD-Bundesvorsitzender zu werden, hat er vorerst abgesehen.

Joachim Stamp: Regiert mit seiner FDP als Laschets Vize, das verdankt er in erster Linie Christian Lindners Umzug nach Berlin. Angesichts der Umfragewerte fürchtet er, dass Laschet es beim nächsten Mal mit den Grünen machen wird.

Das ist für das nächste Plenum...

Die Anträge?

Die AfD-Anträge!!

Wie soll man denn den Menschen erklären, dass die AfD gegen die Demokratie ist, wenn sie im Parlament so viel arbeitet?!

Armin Laschet: Ist Ministerpräsident, was eigentlich schon keiner glauben kann. Noch lieber wäre er aber Kanzler.

Carina Gödecke: War früher Parlamentspräsidentin für die SPD. Heute mangels Masse nur noch Vize. Darf aber ab und zu den Chef vertreten.

Verena Schäffer: Die Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen. Codename: Klassensprecherin.

Die werden immer frecher! Neulich haben die einfach die Bergleute in den Landtag geholt, die von uns im Stich gelassen wurden.

Ja. Und dann haben sie einfach die Interessen dieser Bürger hier im Landtag vertreten!

Die Interessen der Bürger im Landtag. Unerhört. Das gab's früher nicht!

Ach ja, die gute alte Zeit.

Und was machen wir jetzt damit?

Wie wäre es mit einem gemeinsamen Antrag für mehr Demokratie, Menschenrechte, Toleranz... blabla. Ihr wisst schon!

Das geht immer!

Auja. Und dann berichten hinterher unsere Freunde beim WDR und den Zeitungen, dass die AfD als einzige Fraktion nicht für Demokratie, Menschenrechte, Toleranz und blabla ist.

Gut. Ich sag meinem Europaminister Bescheid, dem gehören ja die meisten Zeitungen im Land.

Und der Rest gehört uns!

Gut. Aber das reicht nicht.

Vielleicht habe ich da jemanden, der uns helfen kann. – Herr Professor, kommen Sie mal, bitte!

Schönen guten Abend.

Oh!

Herr Professor, stellen Sie den Kollegen doch mal Ihre Erfindung vor.

Ah!

Ja, ähm, das Parlamentspräsidium hat mir von Ihren Sorgen berichtet. Wir haben daher den ABA 2017 – den ersten vollautomatischen Antragsbehandlungsautomaten entwickelt.

Nun, wir führen die Anträge der anderen hier oben ein und die Maschine gibt Ihnen nach wenigen Sekunden passende Erwidierungen aus.

Und wie funktioniert das?

RÄTTER
KNALL
SPINK!

Aus diesem Fach kommt die Gegenrede für die Parlamentsitzung.

Ah, da kommt was...

„handwerklich schlecht gemacht“
„machen wir schon längst“
„ewiggestrig“
„Nazi“

Wir haben dazu die Protokolle der letzten beiden Jahre analysiert und festgestellt, dass alle Gegenreden zu AfD-Anträgen im Wesentlichen aus 10 Schlagworten bestehen, die unsere Maschine vollautomatisch nach Zufallsprinzip aneinanderreißt.

Sehr gut, das spart eine Menge Arbeit. Schließlich brauchen wir unser Personalbudget für notleidende Genossen.

„unerhört“
„Sie haben ja keine Ahnung“
„Nazi“

Das ist der Zwischenrufgenerator. Damit können Sie es in der Plenardebatte richtig krachen lassen.

Dann brauchen wir uns die auch nicht mehr ausdenken!

Und was ist hiermit?

Darauf sind wir besonders stolz! Das ist der **Plagiator 3.0**. Mit modernster künstlicher Intelligenz verwandeln wir die Anträge der AfD in Anträge Ihrer Fraktionen. Die Neuformulierung erfolgt vollautomatisch. Sie brauchen nichts zu recherchieren!

Das schaffen sogar unsere Abgeordneten.

Und wir bekommen dafür weiter Geld!

Und wieder einmal haben die ruhmlosen Fünf die Welt gerettet (vor der AfD).

Kommentar

Seit dem Einzug der AfD in den Landtag Nordrhein-Westfalens werden uns Steine in den Weg gelegt, um unsere parlamentarische Arbeit mutwillig zu erschweren. In einem demokratischen Rechtsstaat ist es vornehmste Aufgabe der Opposition, die Arbeit der Regierung zu kontrollieren. Die Beschneidung unserer Rechte als Oppositionsfraktion ist Sinnbild der aktuellen politischen Lage in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen.

Denn es gehört leider zur Wahrheit, dass die Regierung und die sie tragenden Parteien unter Umständen kein Interesse daran haben, der Opposition alle wesentlichen Informationen zur Verfügung zu stellen. Umso erstaunlicher und bedauernswerter ist es, dass die anderen Oppositionsfraktionen bei diesem Polittheater mitziehen.

Unter dem pseudodemokratischen Deckmäntelchen stimmt man Überweisungen unserer Anträge in die jeweiligen Ausschüsse zu. Die Beratungen dort unterliegen dann immer dem gleichen Prozedere: Wenn überhaupt über unsere Anträge gesprochen wird, dann kommen die immer gleichen Worthülsen wie „ewiggestrig“, „handwerklich schlecht gemacht“ und natürlich „(rechts-)populistisch“. Sachargumente? Fehlangebe! Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass bisher keinem einzigen unserer Anträge von einer anderen Fraktion zugestimmt wurde.

Ironischerweise werden unsere Anträge ein paar Monate später aus der Schublade herausgeholt und als frisierter Antrag einer anderen Fraktion wieder auf der Tagesordnung eingebracht. Das ist eines demokratischen Rechtsstaates unwürdig!

Die Einschränkung unserer oppositionellen Rechte ist noch an anderen Punkten ersichtlich. So sind wir innerhalb des Landtages räumlich von den anderen Fraktionen getrennt. Während diese auf der Ebene des Plenarsaals im dritten Stockwerk untergebracht sind, residieren wir auf der ersten Ebene im ehemaligen Verwaltungstrakt.

Auch wird uns bis heute der stellvertretende Präsident des Landtages verwehrt. Hierzu wurde absichtlich zu Beginn der Legislaturperiode die Geschäftsordnung so abgeändert,



THOMAS RÖCKEMANN
MITGLIED DES LANDTAGS

dass nur die anderen Fraktionen einen Präsidenten stellen können. Auch hier waren die anderen Oppositionsfraktionen aktiv beteiligt.

Mit noch einer unrühmlichen Aktion konnte der Landtag in dieser Legislaturperiode aufwarten. Zum ersten Mal in der Geschichte des Landtages wurde die von uns beantragte Enquete-Kommission durch die anderen Fraktionen versagt. Selbst die einfachsten Informationsrechte der Abgeordneten, die eine parlamentarische Arbeit erst vollumfänglich ermöglichen, werden beschnitten. So wurde eine große Anfrage zu „gefährlichen und verrufenen Orten in Nordrhein-Westfalen“ vom Innenministerium nur unzureichend beantwortet. Die Fraktion musste deswegen vor den Verfassungsgerichtshof Nordrhein-Westfalen ziehen.

Und noch eine weitere Klage wurde vor dem Verfassungsgerichtshof eingereicht, da das Frage- und Informationsrecht unserer Fraktion verletzt wurde. Dabei sah die Regierung nach der Klageerhebung unseren rechtlichen Anspruch doch noch ein und erkannte die Klage an.

Schon vor Klageerhebung wurde einer unserer Anträge auf Stärkung der Abgeordnetenrechte im Rahmen der Zutritts- und Einsichtsrechte vor Landesbehörden im Landtag versagt.

Ich empfinde dies als Zumutung. Die Vertreter der alten Parteien täten gut daran, mit uns genau so umzugehen, wie sie es von uns erwarten, würden wir die Regierung stellen.

Vielen Dank

an die Mitglieder des Landtags, die Presseabteilung, die wissenschaftlichen und persönlichen Mitarbeiter, die Fachreferenten sowie alle weiteren Mitwirkenden, die zu diesem Magazin beigetragen haben!

Impressum

Blickwinkel – Politisches Magazin über Aufbruch und Bewahren
AfD-Fraktion NRW

3. Ausgabe: Winter 2019/20

Herausgeber: AfD-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen
Sven W. Tritschler, stellv. Fraktionsvorsitzender
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Mail: blickwinkel@afd-fraktion.nrw

Tel.: 0211 884-4572

Fax: 0211 884-3182

Internet: www.afd-fraktion.nrw

Chefredakteurin: Diana Finsterle (V.i.S.d.P., Anschrift siehe Fraktionsadresse)

Autoren: Roger Beckamp, Dr. Christian Blex,
Iris Dworeck-Danielowski, Klaus Esser, Andreas Keith,
Maximilian Kneller, Christian Loose, Carmen Maus,
Thomas Röckemann, Helmut Seifen, Herbert Strotebeck,
Sven W. Tritschler, Dr. Martin Vincentz, Nic Vogel,
Markus Wagner, Gabriele Walger-Demolsky

Illustrationen
zum Titelthema: Robert Gorny

Bild- und Grafiknachweise

Alle Fotos, Grafiken und Illustrationen sind Eigentum der AfD-Landtagsfraktion NRW.

Fotos: Tobias Ebenberger, Annette Six
Grafiken und
Illustrationen: Robert Gorny, Michelle Stormanns, Götz Wiedenroth

Ausgenommen:

Cover: Schuhabdruck: www.stock.adobe.com, Datei-Nr.: 56209862, longquattro
Seite 7: picture alliance/dpa, Bild-Nr.: 25268888, Oliver Berg
Seite 8: picture alliance/dpa, Bild-Nr.: 122216204, Volker Zierhut
Seite 10: www.alamy.de, Hans Blossy/Alamy Stock Foto, Bild-ID: FB7T56 (RM) und
picture alliance/dpa, Bild-Nr.: 125344373, Hauke-Christian Dittrich
Seite 24: www.istockphoto.com, Stock-Fotografie-Nr.: 1147841872, u_t_a
Seite 25: Flughafen Düsseldorf, Andreas Wiese
Seite 30: picture alliance/Capital Pictures, Bild-Nr.: 106180195, Rick Gold
Seite 31: imago images/Lars Berg, ID 70390827
Seite 32: www.istockphoto.com, Stock-Fotografie-ID: 1062690666, Fat Camera
Seite 40 u.
Postkarte: www.alamy.de, Bild-ID: F2K1BX (RF), lolostock/Alamy Stock Foto

Für Grafiken und Fotos externer Urheber gelten deren jeweilige Lizenzfreigaben und Bestimmungen.

Alle Rechte vorbehalten!

Druckauflage: 18.000

 **BLICKWINKEL**

Rechtliche Hinweise

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht zwangsläufig die Meinung des Herausgebers wieder. Der Inhalt dieses Druckerzeugnisses wurde sorgfältig ausgewählt und geprüft. Wir geben keine Garantie auf Richtigkeit/Vollständigkeit der Inhalte und haften nicht für Personen-, Sach- und/oder Vermögensschäden.

Der Nachdruck, die Aufnahme in Online-dienste und Internet sowie die Vervielfältigung auf Datenträgern wie CD-ROM, DVD-ROM etc. betreffend Fotos, Grafiken/Illustrationen und Artikeln – auch nur auszugsweise – bedarf der zuvor schriftlich eingeholten Zustimmung des Herausgebers. Im Rahmen der digitalen Ausgabe können auch Internetinhalte anderer Anbieter bereitgestellt werden. Für den Inhalt ist ausschließlich der Betreiber der verlinkten Webseite verantwortlich. Wir haben deren Inhalt im gesetzlich gebotenen Rahmen überprüft. Verantwortung für den Inhalt dieser Links bzw. verlinkten Seiten tragen allein die dort genannten Personen.



JA, ICH WILL DEN NEUEN **BLICKWINKEL**



SIE MÖCHTEN UNSER KOSTENLOSES
MAGAZIN **BLICKWINKEL** ABONNIEREN
UND IN ZUKUNFT PORTOFREI NACH
HAUSE GESCHICKT BEKOMMEN?

Nichts einfacher als das. Füllen Sie dazu die beiliegende
Postkarte aus und senden Sie sie an uns zurück.



Sie können unser Magazin auch online abonnieren.
Der nebenstehende QR-Code führt Sie direkt auf die
Anmeldeseite: afd-fraktion.nrw/blickwinkel